

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft
Hauptredaktion: Pulsnitz, Markt 14

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Verleger
seinem Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Größen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmaß 14)
RM 0.25, in der Anzeigengröße Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60, Reklame RM 0.60, Tabellarischer Satz 50%, Anschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Zhemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 285

Donnerstag, den 8. Dezember 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, sieht die Regierungsvorlage zur
Durchführung der Ley Berlin eine Herabsetzung der Lohnsteuer
von 10 auf 9 Prozent vor. Das steuerfreie Existenzminimum soll
unverändert 1200 Mark jährlich betragen, aber steuerfreie Familien
sollen durch Erhöhung der Familienermäßigungen entlastet werden.
Die Verhandlungen in der Eisenindustrie sind ergebnislos verlaufen.
Wie ein Berliner Blatt aus Oslo meldet, verläutet dort mit Be-
stimmtheit, daß der Nobelschiedspreis für 1927 an Professor
Ludwig Quidde und Ferdinand Bouisson je zur Hälfte verliehen
worden sei. Beide Preisträger sollen bereits auf dem Wege nach
Oslo sein.
Der amerikanische Präsident Coolidge hat auf eine Wiederwahl zum
Präsidenten verzichtet.
Der frühere amerikanische Staatssekretär Hugs erklärte erneut, daß er
für die kommenden Präsidentschaftswahlen nicht zu kandidieren
wünsche. Handelsminister Hoover hat starke Aussichten von den
Republikanern aufgestellt zu werden.
Zwischen der Sowjetregierung und der ägyptischen Regierung ist nach
Berichten aus Kairo ein Abkommen abgeschlossen worden, durch das
sich die Sowjetregierung verpflichtet, innerhalb von 7 Monaten
14 000 Ballen Baumwolle abzugeben.
Wie aus New York gemeldet wird, wurde in der mittelamerikanischen
Republik San Salvador der Kriegszustand verkündet, um einen
organisationslosen Zustand der Regierungsgegner, die unter Führung
des früheren Präsidenten Melendos stehen, niederzuschlagen.
Von der mexikanischen Grenze wird gemeldet, daß die Bahnstation in
La Bleda in Mexiko, die von 50 Mann Regierungstruppen besetzt
gehalten wurde, von einer größeren Anzahl mexicanischer Rebellen
überfallen wurde, die die Regierungstruppen nach heftigem Feuer-
gefecht gefangen nahmen. — Bei Juliaco haben sich etwa 1500 Re-
bellen angelagert, für deren Verdrängung ein großes Aufgebot
von Regierungstruppen bestimmt ist.

Das Rentnerversorgungsgesetz.

Von Dr. Ritz, Reichsminister a. D.

Seitdem Gewissheit darüber bestand, daß das Renten-
kapital in Deutschland durch die Inflation vernichtet wer-
den würde, haben wir ein Rentenproblem. Neben
dem Problem der Wohnungswirtschaft ist die Versorgung
der Rentner die schwerste und schmerzlichste Aufgabe, die
aus der Nachkriegszeit der Gegenwart noch ungelöst über-
liefert worden ist. An Versuchen zur Lösung hat es nicht
gefehlt, aber niemand wird behaupten wollen, daß diese
Versuche die berechtigten Erwartungen der Kleinrentner
hätten erfüllen können. Es ist müßig, kritisch die früheren
Maßnahmen der Gesetzgebung und der Fürsorge zu wür-
digen, damit wird niemand geholfen; es kommt viel-
mehr darauf an, einen endgültigen Lösungsvor-
schlag zu unternehmen. Von diesen Erwägungen aus-
gehend, hat die demokratische Reichstagsfraktion ihren
Entwurf zu einem Rentnerversorgungsgesetz vorgelegt.
Die gegenwärtige Form der Versorgung der Rentner
im Wege der kommunalen Fürsorge soll nach dem
Gesetzentwurf durch einen Rechtsanspruch auf Versorgung
abgelöst werden. Der Entwurf geht dabei von der Er-
kenntnis aus, daß die fürsorgerische Maßnahme dem Rent-
ner gegenüber mit schweren Unzuträglichkeiten verbunden
ist (peinliche Erörterung der persönlichen Verhältnisse,
Sicherung der Rückzahlung usw.), die ihn verbittern
müssen, und daß es eine moralische Verpflichtung
des Deutschen Reiches ist, denjenigen
Staatsbürgern ein Existenzminimum zu gewährleisten,
die dadurch der Gefahr der Verarmung ausgesetzt sind, daß sie
dem Staate seinerzeit für seine eigene Selbsterhaltung
ihre Spargroschen zur Verfügung gestellt haben.
Als Rentner wird jeder betrachtet, der
vor der Inflation aus Kapitalbesitz ein regelmäßiges
Renteneinkommen von mindestens 500 Mark jährlich
erlangt hatte. Wer weniger als 500 Mark jährlich Renten-
einkommen hatte, konnte als Kapitalrentner nicht be-
trachtet werden und war schon früher unterstützungs-
bedürftig, so daß ihm auch heute nichts Unbilliges geschieht,
wenn er der Fürsorge anvertraut wird und keinen Rechts-
anspruch auf Rentenbezug erhält.
Der Versorgungsanspruch des Gesetzes um-
faßt Rente, Krankenfürsorge und Sterbe-
geld. Versorgungsberechtigt sind alle im Inland woh-
nenden deutschen Rentner, deren regelmäßiges Einkommen
infolge der Geldentwertung niedriger ist als die Rente,
die ihm nach dem Gesetz zustehen würde. Das Versorgungs-

Schwierige Lösung des polnisch-litauischen Konflikts

Woldemaras macht Schwierigkeiten — Frankreich unterstützt Polen

Woldemaras drei Forderungen — Vorschläge der fünf Ratsmächte für die Lösung des polnisch-litauischen Konflikts
Die Regierungserklärung Vintila Bratianu — Unterhausdebatte über den Mißtrauensantrag der englischen Arbeiterpartei

Von unserem Genfer Mitarbeiter wird
uns berichtet:
Genf. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras
hat im Laufe des Mittwoch fast alle Delegationen aufgesucht
und bei Briand, Chamberlain und Stresemann
noch einmal ziemlich ausführlich seinen Standpunkt betont.
Danach hat die litauische Delegation ein neues Memorandum
beim Völkerbund eingereicht, in dem die ganze polnisch-
litauische Frage noch einmal aufgerollt wird. Ueber die Art
des Vorgehens widersprechen sich die Nachrichten. Ob es
möglich ist, den Willen der Großmächte durchzubrüden und
Litauen zur Aufgabe der Memelperle, Bei-
legung des Schuldkonflikts und Aufnahme
wenigstens konsularischer Beziehungen zu
Polen zu zwingen, steht noch dahin. Es wird außerdem
wieder von einer Kommission gesprochen, die
der Rat bilden soll. Sie soll diesmal aber nur aus drei
Mitgliedern bestehen. Deutschland hält nach wie vor seinen
Verzichtstatler für richtig. Die von Frankreich unter-
stützte polnische Ansicht, aus Litauen ein neues Albanien zu
machen, in dem Polen die Rolle Italiens spielt, ist un-
verkennbar. Die darin liegende
ungeheure Gefahr für Ostpreußen
braucht nicht mehr gekennzeichnet zu werden, denn eine
Umklammerung des durch den Korridor abgetrennten ost-
preussischen Gebietes durch eine polnische Einflusssphäre wäre
für Deutschland unter allen Umständen unerträglich.

Woldemaras' drei Forderungen.

Genf. In der öffentlichen Nachmittags Sitzung des Völ-
kerbundes beantragte der litauische Ministerpräsident
Woldemaras nach eingehender Darlegung der Ereig-
nisse, die sich seit dem Oktober d. J. zwischen Polen und
Litauen abgespielt haben, folgende Maßnahmen des
Völkerbundes zur Beilegung des litauisch-polnischen
Konfliktes:
1. Der Völkerbundrat soll eine internationale
Kontrollkommission schaffen, die sich an Ort und
Stelle und zwar auf beiden Seiten der polnisch-litauischen
Grenze, über die militärische Lage an der Grenze informie-
ren und hierüber dem Völkerbund Bericht erstatten soll.
2. Die litauische Regierung beantragt, daß die pol-
nischen Banden im Gebiet von Wilna aufgelöst wer-
den. Sie ist der Ansicht, daß die Organisation dieser Ban-
den eine dauernde, ernsthafte Bedrohung Litauens bedeute.
Die litauische Regierung sei der Ansicht, daß die Organi-
sierung der Banden in Litauen der polnischen Regierung
zur Last gelegt werden müßte und einem direkten militäri-
schen Angriff Polens auf Litauen gleichkäme.
3. Die litauische Regierung beantragt die Ein-
setzung eines Untersuchungsausschusses zur
Prüfung derjenigen Maßnahmen, die die polnische Regie-
rung gegen polnische Staatsangehörige litauischer Nationali-
tät ergriffen hat.

Der polnische Minister des Auswärtigen, Jaleski, be-
mühte sich im Laufe seiner Rede vor allem,
die von Woldemaras vorgebrachten Beweise für eine
Bedrohung der Unabhängigkeit Litauens und seiner
Regierung zurückzuweisen.
Gegenüber der Erklärung des litauischen Ministerpräsi-
denten Woldemaras, daß Polen nichts unternommen habe, um
die normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern
wiederherzustellen, führte Jaleski an, daß eine Reihe von
polnischen Missionen nach Kowno geschickt worden seien, um
mit der litauischen Regierung Verhandlungen zu führen, die
aber alle gescheitert seien. Seine Darlegungen gipfelten in
folgender Bemerkung: Welchen Gesichtspunkt man auch im
Auge haben mag, den wirtschaftlichen oder den ver-
kehrsmässigen, das Problem der Minderheiten oder
das rein politische Problem — immer wird man unvermeid-
lich zu derselben Schlussfolgerung kommen: daß der erste
Grund für alle diese Schwierigkeiten und die Wurzel des
ganzen Übels von der Idee des zwischen den beiden Staa-
ten bestehenden Kriegszustandes ausgeht. Wenn keine
endgültige Lösung für die Lage geschaffen wird, so wird ein
Zwischenfall, der in normalen Zeiten keine Folgen hätte, zu
nicht wiedergutzumachenden Ereignissen führen können, wo-
durch der fiktive zum tatsächlichen Kriegszustand werden
könnte.

Die öffentliche Ratsitzung verlief in ziemlich
Einförmigkeit. Bei dem Bericht über die letzte Genfer Presse-
tagung betonte Staatssekretär v. Schöberl, daß Deutsch-
land für das Interesse, das der Rat den Presseangelegenheiten
zugewandt habe, dankbar sei und sie für nützlich erachte.

Die Auffassung in Berlin.

Man hat in Berlin den Eindruck, daß an einer provi-
sorischen Lösung des polnisch-litauischen Konflikts zum min-
desten Frankreich ein erhebliches Interesse hat, weil sich
Briand immer deutlicher bemüht, jetzt in Genf die allerersten
Grundlagen für die Erörterung eines großen östlichen Nicht-
angriffspaktes zu schaffen. Die dabei auftauchende Frage
des Molocarno, das heißt der
Garantie der polnischen Grenze im Osten und im Westen,
womöglich unter Beteiligung Deutschlands, wird in Genf
in sehr vorsichtiger Form erörtert. Auf deutscher diploma-
tischer Seite unterscheidet man zwischen verschiedenen
theoretischen Möglichkeiten eines derartigen Nichtangriff-
paktes, das heißt zwischen einem Nichtangriffspakt, bei dem
Deutschland die polnische Ost- und Westgrenze garantieren
würde, den man ablehnt; einem Nichtangriffspakt zwischen
Rußland und den baltischen Staaten und einem Nichtangriff-
pakt zwischen Rußland und Polen.

Vorschläge der fünf Ratsmächte für die Lösung des polnisch-litauischen Konflikts

Genf, 7. Dezember. In der gestrigen Aussprache der
Fünfmächte ist, wie von gut informierter deutscher Seite mit-
geteilt wird, in großen Umrissen eine Lösung des polnisch-
litauischen Konflikts vorgezeichnet worden. Es handelt sich
um folgende Punkte, die in den Bericht des Berichterstatters
an den Rat aufgenommen werden sollen:
1. Kenntnisnahme der letzten Note der polnischen Re-
gierung, in der Polen die polnische Unabhängigkeit Litauens
anerkennt und die territoriale Integrität Litauens garan-
tieren will.
2. Eine Empfehlung an die litauische Regierung, an-
gehts dieser polnischen Erklärung den Kriegszustand auf-
zuheben.
3. Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen
Polen und Litauen, evtl. unter Mitwirkung des Völkerbunds-
rates oder einzelner Persönlichkeiten oder Regierungen, die
dem Völkerbunde angehören.
4. Litauen stellt fest, daß die Aufhebung des Kriegs-
zustandes sowie die Wiederaufnahme normaler Beziehungen
keineswegs die Stellung Litauens zur Wilnafrage präjudiziert.
5. Der Rat oder einzelne Mächte bilden eine Grenz-
kommission zur Prüfung der Lage an der polnisch-litauischen
Grenze.

Die Ratsmitglieder haben über diesen Lösungsvorschlag
eine grundsätzliche Einigung erzielt. Auch die polnische Re-
gierung hat sich mit diesen Programmpunkten einverstanden
erklärt, bis auf Punkt 5, der die Bildung einer Grenz-
kommission vorsieht. Ferner besteht Einmütigkeit darüber,
daß in erster Linie der Kriegszustand zwischen Polen und
Litauen aufgehoben werden müsse, da die Gefahr eines un-
vorhergesehenen Ausbruches von Feindseligkeiten bestehe, ohne
daß es möglich sei, festzustellen, wer der Angreifer sei. Die
letzte polnische Note wird in Ratskreisen als eine Basis für
die Verständigung mit Litauen betrachtet.

Die Regierungserklärung Vintila Bratianu

Die Regierung bleibt am Ruder

Bukarest, 8. Dezember. In der Mittwochsitzung
der rumänischen Kammer stellte Vintila Bratianu das neue
Kabinett vor und verlas eine Regierungserklärung, in der
er offiziell die Mitteilung von der Uebernahme der Regie-
rung nach dem Ableben seines Bruders machte. Mit Rück-
sicht auf die innere und äußere Lage sei, so führte der
Ministerpräsident weiter aus, der Herstellung der Einigkeit